

Höhere Hürde für Übernahmen von Anteilen

Laut eines Berichts soll die Änderung sensible deutsche Bereiche betreffen.

Berlin. Die Bundesregierung hat sich nach einem Zeitungsbericht auf schärfere Regeln für den Erwerb von Anteilen deutscher Unternehmen durch ausländische Investoren geeinigt. Demnach soll in sicherheitsrelevanten Bereichen die Schwelle, ab der die Bundesregierung einen Anteilserwerb durch einen Investor außerhalb der Europäischen Union prüfen kann, von derzeit 25 Prozent auf zehn Prozent gesenkt werden.

Nach langen Verhandlungen soll der entsprechende Entwurf der Novelle der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) bei der Kabinettsitzung an diesem Mittwoch beschlossen werden, wie das „Handelsblatt“ (Montag) weiter berichtet. Im Wirtschaftsministerium hieß es am Sonntag nur, richtig sei, dass die AWV-Novelle „demnächst ins Kabinett soll“.

Die gesenkte Schwelle von zehn Prozent bezieht sich nur auf sicherheitsrelevante Bereiche, etwa den Bereich der Verteidigung oder die so-

genannten kritischen Infrastrukturen. Dazu zählen etwa Energieversorger. Die jetzt laut des Zeitungsberichts geplante Schwelle fiel schärfer aus als von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) favorisiert. Er hatte 15 Prozent angestrebt.

Hintergrund der Pläne sind vor allem Firmenübernahmen durch chinesische Investoren. So hatte die Bundesregierung den Einstieg eines chinesischen Konzerns in die deutsche Stromversorgung nur mühsam verhindert. Daher werden die Regeln für Übernahmeveruche in sensiblen Bereichen verschärft. Ziel ist, dass die Bundesregierung frühzeitiger mitreden kann, ob legitime Sicherheitsinteressen Deutschlands betroffen sein könnten.

Die Grünen-Politikerinnen Kerstin Andreae und Katharina Dröge begrüßten die Pläne grundsätzlich. Es gehe nicht um Abschreckung, sondern um einen gesunden Blick auf die Entwicklung der Industrien und um Schutz von Schlüsselindustrien. dpa



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier favorisierte eine Schwelle von 15 Prozent. FOTO: DPA

VW-Betriebsrat hinterfragt Werksneubau

Wolfsburg. Ein geplantes Volkswagen-Mehrmarkenwerk in Osteuropa hat den Betriebsrat des Autogiganten auf den Plan gerufen. Es solle geprüft werden, ob statt einer Neuinvestition nicht die Umnutzung eines bestehenden Standorts vorzuziehen sei, forderte die Arbeitnehmerseite nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur. Dies könne eines der Motorenwerke in Salzgitter, im polnischen Polkowice (Polkwitz) oder im ungarischen Győr sein. Angesichts massiver Investitionen in Elektromobilität stehen die Motorenwerke unter Druck – VW setzt wie die ganze Branche auf schneller zu bauende Elektroantriebe. dpa



Der Tarifstreit der Bahn mit der kleineren Lokführergewerkschaft GDL hält weiter an. FOTO: DPA

Eine halbe Einigung

BERLIN. Höhere Löhne und mehr Wahlmodelle für Beschäftigte bei der Bahn – gute Nachrichten für Bahnkunden: Die DB AG und die EVG verständigen sich endlich auf einen weitreichenden Tarifvertrag. Aber was macht die GDL?

Nach der Tarifeinigung der Deutschen Bahn mit der Gewerkschaft EVG müssen Bahnreisende in diesem Jahr keine weiteren Streiks befürchten. Zwar dauert der Tarifstreit mit der kleineren Lokführergewerkschaft GDL an. Aber es wird bis zum Jahresende keine Streiks geben, weil die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) nach geltender Regelung erst nach einem Schlichtungsverfahren dazu aufrufen darf. Über das weitere Vorgehen hielt sich die GDL am Wochenende zunächst bedeckt. Bei der Deutschen Bahn AG hieß es: „Wir sind selbstverständlich weiter verhandlungsbereit.“

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hatte sich am Samstagmorgen

nach tagelangen Verhandlungen auf ein Tarifpaket mit der Deutschen Bahn AG verständigt. Es sieht eine Lohnerhöhung von insgesamt 6,1 Prozent in zwei Stufen vor. Zum 1. Juli 2019 sollen die Löhne um 3,5 Prozent steigen, ein Jahr später noch einmal um 2,6 Prozent. Zudem erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 1000 Euro. Die neuen Tarifverträge gelten rückwirkend vom 1. Oktober 2018 und haben eine Laufzeit von 29 Monaten. Das Gesamtpaket umfasst auch Verbesserungen für Nachwuchskräfte sowie neue Wahlmöglichkeiten.

In dem Tarifkonflikt geht es um insgesamt rund 160.000 Beschäftigte. Die EVG, die einen Großteil der Mitarbeiter

vertritt, hatte ihre Forderungen jüngst mit einem mehrstündigen Warnstreik unterstrichen und bundesweit erhebliche Störungen im Zugverkehr verursacht.

EVG-Verhandlungsführerin Regina Rusch-Ziemba sprach von einem „Erfolg auf ganzer Linie“. Für DB-Personalvorstand Martin Seiler ist die Einigung ein großer Schritt „in eine modernere Tarif- und Arbeitswelt“.

Wahlmöglichkeiten

Zum 1. Januar 2021 erhalten die Beschäftigten erneut die Möglichkeit, anstelle der zweiten Stufe mehr Freizeit beziehungsweise Urlaub zu wählen. Sie können laut EVG auch zwischen 2,6 Prozent mehr Geld, sechs Tagen mehr Urlaub oder einer Arbeitszeitverkürzung wählen. Alle, die sich für mehr Urlaub entscheiden, erhalten im August 2020 – für die Zeit vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 – laut EVG eine Einmalzahlung von 700 Euro. Ferner können DB-Mitarbeiter künftige Überstunden in

betriebliche Altersvorsorge umzuwandeln.

Die Ausbildungs- und Studienvergütung wird um insgesamt 100 Euro angehoben. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 460 Euro. Die arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge wird erhöht.

Die GDL als kleinere der beiden konkurrierenden Gewerkschaften hatte am Freitag die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt. GDL und Bahn können nach dem 2015 vereinbarten Verfahren eine Schlichtung einvernehmlich einleiten. Alternativ kann eine Seite dies tun, wenn sie die Verhandlungen zuvor für gescheitert erklärt hat. Bis zum Ende des Schlichtungsverfahrens gilt ein Streikverbot. GDL-Chef Claus Weselsky hatte ein verändertes Tarifangebot erst abgelehnt, dann akzeptiert und dann doch wieder abgelehnt. Zuletzt hatte die GDL gefordert: „Solange der Arbeitgeber kein verbessertes Angebot vorlegt, werden wir nicht in Tarifverhandlungen einsteigen.“ dpa

Besondere Schicht mit Tradition

Bergbaubegriffe kurz erklärt

Dortmund. Die Mettenschicht ist ein altes Ritual. Sie bezeichnet die letzte Schicht vor den Weihnachtsfeiertagen – auch wenn über die Feiertage weitergearbeitet wurde. Eine „Mette“ ist ein nächtlicher oder frühmorgendlicher Gottesdienst.

Bekannt ist die Bezeichnung noch heute vor allem als sogenannte „Christmette“, die in vielen christlichen Gemeinden bis heute in der Nacht zum 1. Weihnachtstag gefeiert wird.



Ursprünglich entwickelte sich der Brauch der Mettenschicht im Erzgebirge. Von dort verbreitet er sich aber über ganz Deutschland – nach überall, wo es Bergwerke gab.

Noch heute wird in einzelnen Grubenräumen – auch von stillgelegten Bergwerken – bei der Mettenschicht ein Gottesdienst gefeiert. Dabei wurde und wird nicht nur auf das zurückliegende Jahr zurückgeblickt.

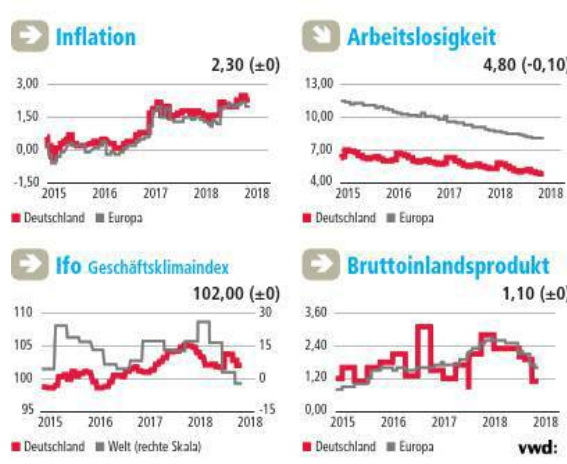
Man gedenkt auch der verunglückten Bergleute und versichert sich des gegenseitigen Zusammenhalts.

In diesem Jahr wird es auf der Zeche Prosper Haniel in Bottrop eine Mettenschicht der besonderen Art geben, denn am 21. Dezember endet mit der letzten Grubenfahrt nicht nur ein arbeitssames Jahr, sondern auch die Geschichte des deutschen Steinkohlebergbaus.

Dann ist endgültig Schicht im Schacht. eul

Auf einen Blick.

Die Wirtschaftsdaten in Ihrer Tageszeitung.



Verbraucherpreisindex: Lebenshaltungskosten (112,40), Harmonisierter Verbraucherpreisindex (104,30)

Gewinner and Verlierer tables listing companies like Fresenius, E.ON, BMW, and their performance metrics.

WOCHENVERGLEICH

€ in \$ 1,1285 (-0,76%) Gold (100 g) 3504,00 (-0,11%) Rohöl, Brent (\$/Barrel) 60,29 (-1,14) Umlaufrendite 0,12 (+0,01)

Investmentfonds, WELTBÖRSEN IM WOCHENÜBERBLICK, and various financial data tables including DWS, Ampega, Credit Suisse, and Deka funds.